

Bundesverband

DG EMPL - CAD A/18838
Date: 12 -08- 2005
CF: E
C:

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Partner
in sozialen
Fragen

SoVD, Bundesverband · Stralauer Str. 63 · 10179 Berlin

Grünbuch „Demografischer Wandel“
GD EMPL/E/1
J-27 01/122
Europäische Kommission

B – 1049 Brüssel

Der Präsident

Stralauer Straße 63 / Rolandufer
10179 Berlin
Tel. 030 / 72 62 22-0
Fax 030 / 72 62 22-440

Rückfragen: Frau Kuhn-Zuber

Persönl. Referentin des Präsidenten

Durchwahl 030/ 72 62 22 107

Stellungnahme des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) zum Grünbuch über den demografischen Wandel

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage finden Sie die Stellungnahme des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) – ehemals Reichsbund – zur Mitteilung der Europäischen Kommission: Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“.

Der SoVD ist einer der ältesten und größten Sozialverbände mit rund 500.000 Mitgliedern in ganz Deutschland. Wir vertreten vorrangig kranke, chronisch kranke, behinderte, ältere und pflegebedürftige Menschen. Unser Engagement war und ist von der Zielvorstellung geprägt, eine solidarische Gesellschaft mit einem Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Der SoVD begrüßt grundsätzlich die Diskussion um den demografischen Wandel auf gemeinschaftsrechtlicher Ebene. Diese Fragen müssen bei der Gestaltung eines sozialen Europas mit sozialen Mindeststandards für alle Bürgerinnen und Bürger dringend berücksichtigt werden. Gleichwohl gibt der SoVD zu bedenken, dass Fragen der sozialen Sicherungssysteme der Regelungskompetenz der Europäischen Union entzogen sind. So sind z.B. Fragen des Renteneintrittsalters im Zusammenhang mit Alterssicherungssystemen zu beantworten. Harmonisierungsmaßnahmen sind seitens der Gemeinschaft hier unzulässig.



Nach Ansicht des SoVD geht es weniger um die Begründung einer **neuen** Solidarität zwischen den Generationen, sondern vielmehr um den Erhalt des bestehenden Zusammenhalts zwischen älteren und jüngeren Menschen. Generationenkonflikte werden von der Politik häufig künstlich geschürt, um Kürzungen von Sozialleistungen zu rechtfertigen.

Es bleiben genügend Möglichkeiten für die Europäische Union, auf die gefundenen Erkenntnisse zum demografischen Wandel zu reagieren. Insbesondere im Bereich der Beschäftigungspolitik für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss es mehr Aktivitäten innerhalb der Gemeinschaft geben. Auch bei der Anerkennung von Pflegezeiten und der Schaffung pflegerischer Mindeststandards kann die Union tätig werden. Die Europäische Union kann zudem ein Forum für einen länderübergreifenden Erfahrungsaustausch zu Fragen des demografischen Wandels und möglicher Reaktionen hierauf bieten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Adolf Bauer', written in a cursive style.

Adolf Bauer
Präsident des SoVD

Anlage

Bundesverband

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Partner
in sozialen
Fragen

SoVD, Bundesverband · Stralauer Str. 63 · 10179 Berlin

Abteilung Sozialpolitik

Stralauer Straße 63 / Rolandufer
10179 Berlin

Tel. 030 / 72 62 22-107

Fax 030 / 72 62 22-328

E-mail: gabriele.kuhn-
zuber@sovd.de

Sekretariat: 030 / 72 62 22-121

08.08.2005

Zu/Pa

Stellungnahme

des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) zur Mitteilung der Kommission: Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“

Am 16. März 2005 hat die Europäische Kommission das Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ veröffentlicht (Mitteilung der Kommission, KOM [2005] 94 endg.). Es enthält eine Bestandsaufnahme und die Prognosen des demografischen Wandels in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie umfangreiche Fragestellungen zur möglichen Reaktion darauf durch die Union.

Zur europäischen Diskussion um die demografische Entwicklung und die Bewältigung der Folgen

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) begrüßt grundsätzlich das Anliegen der Kommission, in Anbetracht des demografischen Wandels in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft eine Diskussion über Generationengerechtigkeit und Solidarität zwischen den Generationen anzustoßen. Die aufgeworfenen Probleme müssen nach Ansicht des SoVD in eine Debatte über die soziale Gestaltung der Europäischen Union für ein „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ insgesamt eingebunden werden.

Bei der Befassung mit Fragen der Sozialpolitik durch die Europäische Union erachtet der SoVD allerdings die Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips



Ursache dafür ist, dass viel zu viele Arbeitgeber sich derzeit noch weigern, trotz hoher Leistungsfähigkeit und -bereitschaft ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen oder sie aus dem Erwerbstätigenprozess hinausdrängen. Dabei wird die demografische Entwicklung europaweit dazu führen, dass die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Sinkende Geburtenraten und der sinkende Anteil junger Menschen in der Bevölkerung werden die Betriebe und Unternehmen veranlassen, verstärkt auf die Arbeitskraft, die Berufserfahrung und umfassende Kompetenz älterer Arbeitnehmer zurückzugreifen. Da diese Entwicklung absehbar ist, bedarf es eines grundlegenden Wandels in der Unternehmenskultur und -ethik. Deshalb hält es der SoVD für unabdingbar, dass die Union in den Richtlinien zur Antidiskriminierung, auch im zivilrechtlichen Bereich, das Verbot der Diskriminierung auf Grund des Alters ausweitet und verstärkt. Zugleich ist es notwendig, die Umsetzung dieses Diskriminierungsverbots in den Mitgliedstaaten aufmerksam zu verfolgen.

Der SoVD lehnt die Diskussion um die Anhebung der Beschäftigungsquote für 65- bis 74-Jährige und die Einführung eines damit verbundenen flexiblen Renteneintrittsalters ab. Die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt ist bereits für Menschen ab 50 schwierig. Erstes Ziel einer Beschäftigungspolitik für ältere Arbeitnehmer muss die Unterstützung von Arbeitnehmern dieser Altersgruppe und deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt sein.

Der SoVD weist darauf hin, dass die Festlegung des Renteneintrittsalters eine Frage nationaler Alterssicherungssysteme ist und nicht in gemeinschaftsrechtlicher Regelungskompetenz liegt. Der SoVD gibt zu bedenken, dass bereits heute viele Menschen vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter in den Ruhestand gehen, da es an Gelegenheiten zur Erwerbstätigkeit mangelt. Arbeitgeber unterstützen häufig die Frühverrentungspraxis, um Personal abzubauen oder ältere und damit häufig teurere Arbeitnehmer durch junge, billigere Kräfte auszutauschen. Es besteht die Gefahr, dass ein flexibles Renteneintrittsalter allein eine Ausrichtung nach höherem Lebensalter bedeutet und dies vorrangig zu weiteren Einschnitten in die Alterssicherung und bereits erworbener Rentenansprüche führen wird, um auf diese Weise Kosten für die Rentenkassen zu sparen.

Der SoVD unterstützt das Interesse der Europäischen Kommission an der Sozialschutzpolitik der Mitgliedstaaten. Hierbei sind insbesondere rehabilitative Maßnahmen für alte Menschen zu fördern. Damit kann ihre Leistungsfähigkeit erhalten und Pflegebedürftigkeit hinausgezögert werden. Unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten müssen zwischen pflegenden Angehörigen, ambulanten Pflegediensten und Versicherungen Netzwerke geschaffen werden, die die Belastung durch Pflegearbeit verringern. Dabei sollte die Europäische Union die Plattform für einen Austausch über alternative Pflegeprojekte, Case-Management usw. bieten.

SoVD
Sozialverband
Deutschland
Stralauer Straße 63
10179 Berlin

Partner
des Sozialen
Weges

Bundesverband
Tel: 030/726222-0
FAX: 030/726222-311
www.sozialverband.de
contact@sozialverband.de



09
08
09

